

© **Tages-Anzeiger**, 2003-06-21; Seite 8; Nummer

Inland

Tatbeweis für Menschenrechte

Trotz Einspruch des Arbeitgeberverbands will der Nationalrat eine nationale Menschenrechtsinstanz. Der Bundesrat kann im Herbst Taten folgen lassen.

Von **Bruno Vanoni, Bern**

Eine breite Allianz von 130 Organisationen - von Amnesty International bis zum Evangelischen Kirchenbund - erklärt sich erfreut: Nun sei der erste Schritt zur Einlösung eines zehnjährigen Versprechens getan. In der Tat hat sich an der Wiener Weltkonferenz von 1993 auch die Schweiz zur Schaffung einer nationalen Institution bereit erklärt, welche die Menschenrechte im eigenen Land besser durchsetzen und das Verständnis dafür fördern soll. Nun hat der Nationalrat mit 101 gegen 74 Stimmen eine solche Instanz befürwortet.

«Man kann Menschenrechte nicht mit einem einzigen politischen Entscheid ein für alle Male erringen und dann mühelos besitzen», begründete die Zürcher SP-Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi ihre Initiative. «Menschenrechte zur gelebten Wirklichkeit im Alltag zu machen, stellt gewissermassen einen Dauerauftrag jeder demokratischen Gesellschaft dar.» Dem widersprach im Namen einer ablehnenden Kommissionsminderheit der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Fehr: Die Menschenrechte würden in der Schweiz hochgehalten wie wohl nirgendwo sonst auf der Welt. «Das passiert automatisch.» Die geforderte Institution wäre deshalb bloss «reine Beschäftigungstherapie» und «unverantwortliche Geldverschleuderung».

In sechzig Ländern schon bewährt

Als «Arbeitgeberin und Verwaltungsratspräsidentin eines KMU» verwehrte sich die Zürcher Sozialdemokratin Barbara Haering gegen die Einwände, die der Arbeitgeberverband bei den bürgerlichen Ratsmitgliedern vorgebracht hatte (TA vom 7. Juni). Nachhaltiges Unternehmertum könne nur in einem Staat wachsen, der die Grundwerte der Menschenrechte und der sozialen Verantwortung aktiv schütze und schirme, sagte Haering.

Daraufhin gab der Nationalrat seiner Rechtskommission den Auftrag, einen konkreten Vorschlag für eine Menschenrechtsinstanz auszuarbeiten. Sie wird sich dabei, wie Kommissionssprecherin Ruth-Gaby Vermot (SP, BE) versprach, von den Erfahrungen inspirieren lassen, die in 60 Ländern mit solchen Instanzen bereits gemacht worden sind. Das Spektrum reicht von Kommissionen bis zu Universitätsinstituten. Auch sollen Doppelspurigkeiten mit Verwaltungsstellen und bestehenden Kommissionen vermieden werden.

Aufgrund eines Postulats des Ständerats hat die Menschenrechtsabteilung des Aussendepartements bereits eine externe Studie machen lassen. Sie will dem Bundesrat im Herbst einen Bericht mit konkreten Vorschlägen unterbreiten und vorgängig Hearings durchführen. Die unterstützenden 130 Organisationen fordern schon jetzt, die unabhängige Menschenrechtsinstanz sei zu einem Regierungsziel für die nächsten vier Jahre zu erklären.

© **Bund**, 2003-06-21; Seite 9; Nummer 142

Schweiz

Kurz

Neue Kommission

menschenrechte Die Schweiz soll eine spezielle Kommission für Menschenrechte erhalten. Mit 101 zu 74 Stimmen und gegen den Widerstand der SVP leistete der Nationalrat einer parlamentarischen Initiative von Vreni Müller-Hemmi (sp, ZH) Folge. (ap)

© **Neue Zürcher Zeitung**, 2003-06-21; Seite 17; Nummer 141

Eidgenössische Räte (INLAND)

Tour d'Horizon von den Banken bis Südafrika

Abschluss der Sommersession im Nationalrat

wab. Bern, 20. Juni

Menschenrechtskommission

Vreni Müller-Hemmi (sp., Zürich) beantragt die Einsetzung einer eidgenössischen Kommission für Menschenrechte. Damit soll eine Forderung der von der Schweiz mitgetragenen Wiener Erklärung von 1993 umgesetzt werden. Über 60 Länder haben bereits entsprechende Institutionen eingeführt.

Charles-Albert Antille (fdp., Wallis) und *Ruth-Gaby Vermot* (sp., Bern) beantragen namens einer Kommissionsmehrheit, der Initiative zuzustimmen. Die Menschenrechtspolitik ist zurzeit auf verschiedene Departemente und Stellen verzettelt; es mangelt an Kohärenz und Transparenz. Die Sensibilisierung für die Menschenrechte und deren Umsetzung sind auch in der Schweiz noch verbesserungswürdig. An den Zuständigkeiten wird sich dadurch nichts ändern; die Kommission hätte keine gerichtlichen Befugnisse.

Hans Fehr (svp., Zürich) lehnt das Begehren ab. Es braucht keine zusätzliche Institution; sie wäre eine unverantwortliche Geldverschwendung. Die Menschenrechte werden in der Schweiz automatisch hochgehalten wie in kaum einem anderen Land.

Barbara Haering (sp., Zürich) tritt in einer persönlichen Erklärung einem Schreiben des Arbeitgeberverbandes gegen diese Initiative entgegen. Wir sind daran, eine Alternative zu diesem Verband aufzubauen.

Mit *101 zu 74 Stimmen* wird der Initiative Folge gegeben.